

PRESSEMITTEILUNG

Kreisverband Esslingen
Gerhard Härer, Mitglied des Vorstands

Plochinger Straße 14
72622 Nürtingen

Tel.: (07022) 3 58 51
direkt Tel.: (07127) 50 45 1

e-Mail: gerhard.haerer@gruene-es.de
www.gruene-es.de

Nürtingen, den 15.07.2021

INNOVATIVE LÖSUNGEN AUCH BEI GEWERBEGEBIETEN

Kürzlich veranstaltete der grüne Kreisverband Esslingen eine digitale Veranstaltung zum Thema „Flächenfraß am Beispiel Hungerberg.“ Mit dabei waren Ingrid Grischtschenko von der grünen Regionalfraktion, zugleich stellvertretende Vorsitzende der Regionalversammlung, sowie die Landesvorsitzende des BUND Silvia Pilarsky-Grosch, aber natürlich auch ein Vertreter der Bürgerinitiative, die gegen eine Bebauung des „Hungerberg“ bei Dettingen ist.

Diese Fläche gehört zu einem überörtlichen Grünzug und die Regionalversammlung hat gegen die Stimmen der Grünen dessen Schutz aufgehoben, so dass der Dettinger Gemeinderat nun das kommunale Selbstbestimmungsrecht wahrnehmen und in ein Gewerbegebiet umwandeln könnte.

„Immer neue Begehrlichkeiten nach Wohn- und Gewerbegebieten oder Straßenverbreiterungen (B27 auf den Fildern) in der Region versiegeln die offene Landschaft, ohne über die Folgen nachzudenken“, so Kreisvorstand Gerhard Härer (Aichtal)

Meist kommt das „Totschlagargument“, Arbeitsplätze müssten doch durch neue Technologien irgendwie und irgendwo geschaffen werden.

„Richtig“, meint auch Birgit Sienz (Kirchheim) vom Kreisvorstand „aber erstmal sollten andere innovative Lösungen untersucht werden“. Schließlich gibt es in der gesamten Region bereits beschlossene aber noch nicht bebaute Flächen

Die exakte und ausführliche Rede zur Begründung der Ablehnung einer Bebauung des Hungerbergs kann auf der homepage gruene-vrs.de nachgelesen werden.

Inzwischen steht fest, dass es am Tag der Bundestagswahl einen Bürgerentscheid in Dettingen geben soll. Dies hat die Bürgerinitiative durch ein Bürgerbegehren erwirkt. Gut, dass es diese demokratische Entscheidungshilfe gibt. Denkbare knapp geht es im Gemeinderat bisher zu, lediglich eine Stimme mehr ist für eine Bebauung.

Seit dem der Bürgerentscheid feststeht, ist noch mehr in den Printmedien zu lesen, nicht zuletzt auch wohl deshalb, weil die Region eine offensive Pro-Entscheidung massiv medial unterstützt.

Schon seit vielen Jahren wird davon gesprochen, dass die „Netto null“ Versiegelung bis 2030 erreicht werden soll. Dies kann und soll aber auch nicht von oben herab bestimmt werden. Nur - wer fängt an? Die Kommunen weisen auch Baugebiete aus, um Einnahmen durch die Umlegung zu generieren.

Also nicht nur um Arbeitsplätze geht's, so auch ein Resümee der digitalen Konferenz des grünen Kreisverbandes..